

Japan: Schlingerkurs unausweichlich

Der teilweise wenig konsistente Wirtschaftskurs der neuen DPJ-Regierung ist auch Sachzwängen geschuldet, sagt Dr. Jochen Legewie, Leiter des Japan-Büros von CNC Communications & Network Consulting. Die Eindämmung von Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit ist schwer unter einen Hut zu bringen. Bevölkerung und Wirtschaft reagieren pragmatisch und stellen sich auf Anpassungen und Verzögerungen bei der Umsetzung des Wahlprogramms ein.

Seit ihrem Machtantritt präsentiert die Demokratische Partei Japans (DPJ) einen völlig neuen Regierungsstil. Wie in Deutschland verlief der Start der neuen Regierung jedoch keineswegs reibungslos. Die neue Politik steht vielmehr im Mittelpunkt massiver Kritik, die sich insbesondere auf die bisweilen chaotisch anmutende Wirtschaftspolitik eingeschossen hat. Die Liste der Kritikpunkte am neuen Wirtschaftskurs, insbesondere an dessen logischen Widersprüchen, ist lang: Auf der einen Seite soll die Konjunktur mit höheren Ausgaben angekurbelt werden, auf der anderen muss gespart und die Staatsverschuldung eingedämmt werden (Finanzminister Fujii hat die Neuausgabe von Staatsanleihen 2010 auf 330 Mrd. Euro begrenzt).

In der Klimapolitik hat die Ankündigung, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 25% zu senken, Hatoyama zunächst im Ausland Respekt und Anerkennung verschafft. Dagegen verwirrt die gleichzeitig geplante Senkung der Benzinsteuern. Mit Blick auf weniger strenge Ziele in anderen Industriestaaten befürchtet außerdem die einheimische Wirtschaft, so z.B. die Stahlindustrie, gravierende internationale Wettbewerbsnachteile, obwohl viele japanische Firmen schon heute zu den weltweit energieeffizientesten gehören. Die Liste lässt sich fortsetzen. Sogar bei einem Lieblingsprojekt der DPJ, der Förderung von Familien durch Kinder- und Ausbildungsgeld, hat die Regierung jüngst Kopfschütteln verursacht. So sollen Zuschüsse für private Kindergärten gestrichen werden.

Viele dieser offensichtlichen Widersprüche lassen sich mit der Unerfahrenheit der neuen Regierung erklären. Es ist schlichtweg unrealistisch, dass eine neue Regierung nach 50 Jahren LDP-Regime gleich ein schlüssiges und zudem noch politisch durchsetzbares Alternativpro-

gramm präsentiert. Wenn man dann noch gleichzeitig in die Festlegung des Nachtragshaushalts für 2009 einsteigen muss und außerdem – übrigens zu Recht – der Bürokratie offen den Kampf erklärt, fehlen Hebel und Akteure zur Umsetzung eines neuen klaren Kurses.

Genauso wichtig ist aber das realpolitische Dilemma der DPJ-Regierung. Die Wirtschaftskrise erfordert Konjunkturausgaben, gerade auch um den Arbeitsmarkt zu stützen. Die selbst verkündete Obergrenze bei der Neuausgabe von Staatsanleihen aber gibt den finanziellen Rahmen vor. Wird dieser massiv überschritten, droht sogar eine Rückstufung der japanischen Bonität durch die internationalen Ratingagenturen. Diese tendieren nach dem Lehman-Desaster zu strengen Bewertungen und beobachten Japan aktuell sehr kritisch. Der Salto rückwärts bei der Postprivatisierung ist mit dem gleichen Gedanken zu erklären. Die japanische Regierung kann es sich nicht leisten, auf den Finanzierungsmechanismus durch die Postbank zu verzichten – leider.

Sparausschuss in der Klemme

Vor diesem Hintergrund ist gleich nach Regierungsübernahme ein Sparausschuss unter Leitung des Strategiekordinators Kan eingerichtet worden. Dieser wacht über alle großen Staatsausgaben und senkt bei aus seiner Sicht kritischen Projekten gleich den Daumen, um die Neuverschuldung einzudämmen, gleichzeitig aber auch einen Großteil der Wahlversprechen einlösen zu können. So wurden binnen Wochenfrist publi-

kumswirksam Großprojekte wie der Bau eines Staudamms abgesagt. Solche oft unnützen Infrastrukturprojekte haben in der Vergangenheit die LDP-Wählerklientel in den Regionen bei Laune gehalten und in sträflicher Weise Milliarden um Milliarden von Yen verschleudert. Der offensive Kampf gegen diese Projekte und die Überführung von Staatsmitteln in investive Anlagen gehören zu den besten und sinnvollsten Vorhaben der neuen Regierung.

Gerade hier zeigt sich aber auch ihr aktuelles Zeit-Raum-Dilemma. Würde die Hälfte dieser Projekte jetzt abrupt auf Eis gelegt, käme es in vielen Regionen zu Wirtschaftsproblemen und massiver Arbeitslosigkeit. Keine noch so investive Anlage der freiwerdenden Mittel kann in der aktuellen wirtschaftlichen Situation so schnell Arbeitsplätze schaffen, wie sie andernorts wegfallen. Damit wird klar, dass wir auch in den nächsten Monaten von Japans Regierung einen Schlingerkurs erwarten dürfen, zumal Premier Hatoyama von den ersten kleinen Skandalchen unwittert wird, und die mächtige Tageszeitung Yomiuri ihm den Kampf erklärt hat. Zum Glück hat eine repräsentative Umfrage Ende November gezeigt, dass eine Mehrheit (52%) der Japaner keine 1:1 Umsetzung des Wahlprogramms erwartet, sondern notwendigen Anpassungen beziehungsweise Verzögerungen aufgeschlossen gegenübersteht.

Dies ist überraschend, könnte sich aber als extrem hilfreich für Hatoyama, seine Regierung und das gesamte Land erweisen. In Konsequenz kann sich die DPJ von kurzfristig unrealistischen Wahlversprechen verabschieden und ihre Kraft auf einen schlüssigen Politik- und Wirtschaftskurs fokussieren. Ein Sieg bei der anstehenden Oberhauswahl im Sommer 2010 scheint sicher, sodass die

nächsten Jahre der DPJ trotz fiskalischer Engpässe eine halbwegs kontinuierliche Regierungsarbeit ermöglichen sollten.

Dazu gehört beispielsweise die konsequente Verknüpfung von Klima- und Industriepolitik. Über das 25%-Ziel bei CO₂-Emissionen mag ein Teil der Wirtschaft heute stöhnen, gleichzeitig aber arbeiten in Japan schon Scharen an dessen Umsetzung. Im Ergebnis werden japanische Unternehmen in wenigen Jahren eine industrielle Vorreiterposition in vielen Bereichen einnehmen, die es gerade auch aus deutscher Sicht nicht zu unterschätzen gilt. Dies gilt sowohl für die Effizienzverbesserung in den Industriebetrieben wie auch bei Umwelttechnologien oder der Kernkraftindustrie.

Für deutsche Firmen stellt der gesamte Umweltbereich einen wichtigen Bereich dar – und zwar fürs Geschäft in und mit Japan. Neben dem Export nach Japan muss noch stärker die Kooperation mit japanischen Unternehmen in den Blickpunkt rücken. Dies gilt nicht nur aber gerade auch bei der effektiven Erschließung des so wichtigen chinesischen Markts. Ein hervorragendes Beispiel stellt hier das Unternehmen Gildemeister dar, das seit kurzem äußerst erfolgreich mit Mori Seiki aus Japan kooperiert. Nachdem man sich jahrzehntelang zuhause wie auf Drittmärkten als Wettbewerber bekämpft hat, ist man seit März operativ wie auch kapitalseitig miteinander verflochten. Auf asiatischen Messen werden inzwischen Gildemeister-Produkte auf Mori Seiki Ständen präsentiert, ein neues gemeinsames Firmenlogo hilft beiden Partnern weiter bei der Geschäftsexpansion.

Gerade im Maschinenbau und verwandten Bereichen tun sich für deutsche Firmen große Chancen auf. Die neue Regierung fördert kleine und mittlere Unternehmen mit ganzer Kraft, unter

anderem mit einem neuen Gesetz, das Banken ein Quasi-Schuldenmoratorium empfiehlt. Unabhängig von dieser Kurzfristhilfe steigt in der Krise gleichzeitig weiter die Bereitschaft, nicht nur über Kooperationen nachzudenken sondern auch Übernahmen – und zwar in beide Richtungen – zu erwägen.

Starker Yen akzeptiert

Die Konsumgüterindustrie Japans ist ein weiterer Bereich, der die Aufmerksamkeit deutscher Unternehmen verdient. Zu Recht stellt die neue japanische Regierung die Förderung der Binnennachfrage über das Primat einer Exportförderung. Viele der DPJ-Maßnahmen zielen auf eine direkte Steigerung des Konsums in Japan, hierzu gehört auch die gezielte Förderung von Kindern und Familien. Japans Binnenmarkt für Konsumgüter ist unverändert groß und wird dies auch bleiben. In einzelnen Segmenten wird er durch das Anwachsen einer kaufkräftigen Seniorschicht darüber hinaus quantitativ und qualitativ spürbar wachsen. Das Gesamtpotential ist enorm, zumal die Regierung einen deutlich stärkeren Yen zu akzeptieren bereit scheint. Dies nutzen einzelne deutsche Unternehmen wie Brita und Fissler konsequent und erfolgreich aus, sind aber weiter in der Minderheit. Zunehmend in der Mehrheit ist die Zahl der japanischen Firmen, die wieder verstärkt Interesse an Investitionen in Europa zeigen. Allein aus diesem Grund bleibt eine enge Beschäftigung mit Japan weiter ein Muss für deutsche Unternehmen, unabhängig davon ob mit oder ohne DPJ.

Meinung



Dr. Jochen Legewie, Partner der Kommunikationsberatung CNC AG und Leiter des CNC Tokyo Büros